



Stellungnahme der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

TOP 9 der Gemeinderatssitzung vom 15.11.2023:

Offenlage der Kommunalen Wärmeplanung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Pörtl, Herr Bürgermeister Steffan, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dem heutigen Beschluss, die Kommunale Wärmeplanung für Schwetzingen offen zu legen, machen wir als Stadt einen weiteren Schritt hin zur CO₂-Neutralität. Nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg ist die Stadtverwaltung ihren Bürgerinnen und Bürger gegenüber verpflichtet, bis zum Ende des Jahres einen Wärmeplan zur Verfügung zu stellen. Mit Hilfe dieses Planes ermöglicht sie den betroffenen Immobilienbesitzer*innen Planungssicherheit für die künftig mögliche Art der Wärmeversorgung an ihrem Standort zu bekommen und sich hinsichtlich einer Modernisierung oder Umstellung rechtzeitig umfassend zu informieren und beraten lassen zu können.

Doch eines ist jetzt schon klar: niemand muss seine alte, auf fossile Brennstoffe basierende Heizungsanlage erneuern, die noch funktioniert oder nötigenfalls repariert werden muss!

Als Bedingung dafür, dass das Gebäudeenergiegesetz greift, gilt, dass die Stadt Gebiete zum Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen oder von Wasserstoffnetzausbaubieten unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Kommunalen Wärmeplans, ausweist. Da das Schwetzingener Fernwärmenetz im Ausbau begriffen ist, gilt, dass, ab dem heutigen Beschlusstag gerechnet, nach einem Monat die 65-Prozent-Pflicht des Gebäudeenergiegesetzes GEG greift.

Wie geht es weiter? Für uns Grüne ist es entscheidender Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger im Entscheidungs- und Entwicklungsprozess mitgenommen werden. Wir sind überzeugt, dass eine informierte Bürgerschaft sich widerstandsfähiger gegenüber Fake-News zeigt und den Entscheidungen ihrer Mandatsträger offener gegenüberstehen. Als demokratische Institutionen sollten Gemeinderat und Stadtverwaltung größtmöglichen Wert auf Transparenz legen. In Anbetracht der kritisierten Informationspraxis von Bundesregierung und auch von Geohardt in der Vergangenheit, bei der viele Bürger in höchstem Maße verunsichert waren und von destruktiven Kräften zusätzlich beunruhigt wurden, wären die Entscheidungsträger und die ausführende Verwaltung gut beraten, wenn sie die Stimmen aus der Bevölkerung hören und verstehen (s. Ausführungen von Anselm Grün) und verantwortungsvoll in ihr Handeln einfließen lassen. Die zweite Bürgerinformation am 27. November trägt dieser Forderung Rechnung. Perspektivisch sehen wir die Stadt auf einem guten Weg, falls die Maßnahmen, die im Handlungskonzept zum Kommunalen Wärmeplan aufgeführt sind, umgesetzt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt das Handlungskonzept zum Kommunalen Wärmeplan zur Kenntnis.

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Peter Köhler